



MALXE BLATT

mit Herz und Schnauze



10/2007

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung

Leere Kassen – große Pläne



Der Bürgermeister will die Landesgartenschau 2013 nach Forst holen. Dafür hat die Mehrheit der Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung ihm grünes Licht erteilt. Gleichzeitig

haben die anderen Fraktionen auf jedes weitere Mitspracherecht verzichtet und erlauben der Verwaltung eine Bewerbung zu entwickeln, die nicht durch die SVV bestätigt werden muss. Überflüssiger kann sich ein Parlament selbst nicht mehr machen.

Über Geld wird am besten auch nicht geredet. Wie eine Landesgartenschau (Laga) finanziert werden soll, bleibt völlig offen. Eine ernsthafte Bewerbung braucht aber ein tragfähiges Finanzkonzept. Allein der Verweis auf 100 Jahre Rosengarten wird uns die Laga nicht bringen. Zu allem Überfluss wollen alle drei größeren Städte des Spree-Neiße-Kreises auch noch gegeneinander antreten. Dies ist umso unverständlicher, weil Forst und Guben gemeinsam mit polnischen Gemeinden bis 2013 die erste europäische Gartenbauregion entlang der Neiße gestalten wollen.

Barrierefreies Bauen wird bei der zunehmenden Anzahl älterer Menschen in unserer Stadt immer wichtiger. Deshalb hat unsere Fraktion auf Initiative von Renate Flemmig einen Antrag zu diesem Thema eingebracht. Zukünftig werden sich die zuständigen Ausschüsse der SVV bei kommunalen Gebäuden und Straßen stärker diesem Thema widmen. Damit sollen Hindernisse für ältere und behinderte Menschen schon in der Planung erkannt und behoben werden. Der sinnvolle Beschluss der SVV wurde leider von der FDP und der SPD nicht unterstützt. Diese Fraktionen hatten offensichtlich ein Problem damit, einem Antrag der LINKEN zuzustimmen. Dass der Beschluss trotzdem zustande kam,

verdanken wir in diesem Fall der Haltung der CDU-Fraktion, die mit deutlicher Mehrheit den Antrag unterstützte. Die Kommunalwahlen im Herbst 2008 beeinflussen langsam die lokale Politik. Die CDU hatte angekündigt, den Kampf gegen neue Tagebaue zum Wahlkampfthema zu machen. Deshalb wurde ein Brief verfasst, der sich ausschließlich gegen die Erschließung des Hauptfeldes Forst richtete. Dies wäre, noch bevor es

bindende Entscheidungen durch die Landespolitik gibt, eine Entsolidarisierung der Region. Für einen solchen Schritt gab es keine Unterstützung in der SVV. DIE LINKE. des Stadtverbandes Forst hat mit einem Beschluss zur Energiepolitik ihr politisches Konzept vorgelegt und will damit Gesprächspartner für alle Beteiligten bleiben. Erst am Ende eines langen Verfahrens werden die Entscheidungen über neue Tagebaue endgültig fallen.

Ingo Paeschke, Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst



Eine offene Diskussion!

Emotionen sind wichtig, sie können aber auch den Blick für Daten und Fakten trüben. Aus diesem Grund haben wir versucht, uns dem Thema Braunkohle in einer Mitgliederversammlung am 19.09.07 anhand von Zahlen zu nähern.

Folgende Positionen (hier in Kurzform genannt) haben wir gemeinsam herausgearbeitet:

1. Es gibt einen Konflikt in der Energiepolitik zwischen Ökologie/Ökonomie und Sozialpolitik, der die kommunale Ebene in großem Maße belastet. Interessen von Bürgern und Bergleuten werden einfach gegeneinandergestellt. Dieser Konflikt muss in der Politik der Bundes- und Landesregierung aufgelöst werden.
2. Eine Einzelposition zum Hauptfeld Forst ist unsolidarisch und kleinflächig gedacht. Hier ist globales Denken angesagt.
3. Wir wollen uns in die Diskussion zur Fortschreibung der Energiestrategie unter Berücksichtigung der aktuellen Klimadiskussion im Land über das Jahr 2010 einbringen.
4. Eine Entscheidung zum Ausstieg aus der Braunkohle ohne eine öffentlich

geführte Debatte über die Energiestrategie lehnen wir ab.

5. Aus diesem Grund empfehlen wir dem Landesvorstand die Entscheidung zur Beteiligung an der Volksinitiative »Ausstieg aus der Braunkohle« nicht jetzt zu treffen, sondern erst auf dem Landesparteitag im Januar 2008.

Wir haben die Diskussion zu diesem Thema nicht abgeschlossen, sie fängt erst an.

Der komplette Wortlaut des Beschlusses kann auf der Internetseite nachgelesen werden.

*Anke Schwarzenberg,
Ortsvorsitzende DIE LINKE.*

Give Peace A Chance!

Um dieser Forderung gerecht zu werden, muss der Bundestag am 12. Oktober dem sofortigen Rückzug der Soldaten aus Afghanistan zustimmen. Doch die Große Koalition legt in dieser Frage eher noch nach, anstatt die verhängnisvolle Militarisation der deutschen Außenpolitik zu überdenken. So forderte auch noch der Verteidigungsminister Jung (CDU) notfalls entführte Passagierflugzeuge abschießen zu lassen.

➤ S. 2

Give Peace A Chance!

(Fortsetzung von Seite 1)

Der Wahnsinn hat offensichtlich Methode in der CDU. Sie spielt bewusst mit den Ängsten der Bevölkerung, um ihre grundgesetz- und völkerrechtswidrigen Vorstellungen zu legitimieren und durchzusetzen. Dabei scheint die Spitze des Eisberges der Vorstellungskraft bei weitem noch nicht erreicht. Denn nicht nur die Militarisierung in der Außenpolitik geht weiter, sondern auch die im Landesinneren selbst. Die Große Koalition scheint selbst

nicht vom Mehrheitswillen der Bevölkerung und der Bundesländer Brandenburg, Berlin und Mecklenburg-Vorpommern beeindruckt zu sein. Selbst jüngste Gerichtsniederlagen zum »Bombodrom« scheint sie nicht zu interessieren. Statt die logische Schlussfolgerung zu ziehen, auf das Bombodrom zu verzichten, legt die Regierung erneut Berufung ein, um die Kyritz-Ruppiner Heide gegen den Willen zu erzwingen und weitere Euro Steuer-gelder dabei zu verschwenden. DIE LINKE. fordert als einzige politische Kraft im Deutschen Bundestag den sofortigen Rückzug der Soldaten, eine Beendigung der völkerrechtswidrigen Kriegsführung der NATO und eine Stärkung der zivilen Wiederaufbauhilfe. Sie entspricht so der Meinungsmehrheit der Bevölkerung. Gebrauch wird eine aktive Friedenspolitik jenseits der militärischen Logik. Frieden und Demokratie lassen sich nicht herbeibomben. Eigene Interessen mit Militäreinsätzen durchsetzen zu wollen, führt nur zu neuen Quellen von Hass und Terror. Deshalb bleibt DIE LINKE. dabei: Bundeswehr raus aus Afghanistan und kein Bombodrom – nirgends!

*Kirsten Tackmann,
Mitglied der Fraktion DIE LINKE.
im Bundestag*

Umweltdatenbericht 2007

spricht gegen Aufschluss neuer Tagebaue

Der vorliegende Umweltdatenbericht 2007 des Landes Brandenburg ist die fachliche Grundlage und Hilfestellung für politische Entscheidungen. Die integrierte Potenzialstudie »Erneuerbare Energien« enthält Berechnungen, wonach Brandenburg bereits im Jahr 2020 in der Lage ist, weit mehr als zwei Drittel seines Strombedarfs aus erneuerbaren Energien wie Wind- und Solarenergie beziehungsweise Biomasse zu gewinnen.

Die Linksfraktion im Landtag bekräftigt deshalb ihre Auffassung, dass es für den Aufschluss neuer Braunkohletagebaue zur Stromerzeugung keinen Bedarf gibt. Stattdessen müssen die regenerativen Energien ausgebaut sowie der Energieeffizienzsteigerung und dem sparsamen

Umgang mit Energie höchste Priorität eingeräumt werden.

Die Linksfraktion geht davon aus, dass der Bedarf an Braunkohlestrom im Lande und bundesweit in den kommenden Jahren weiter sinkt. Die vorgelegten Daten sprechen dafür, dass spätestens 2050 der Ausstieg aus der Braunkohleverstromung im Land Brandenburg möglich ist. Politisch begleitet werden muss dieser Prozess mit einem sozialverträglichen Strukturwandel im Lausitzer Bergbauggebiet hin zu einer innovativen Energie-region, die zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft und den Menschen neue Perspektiven erschließt.

*Wolfgang Thiel,
energiepolitischer Sprecher der Links-
Fraktion im Landtag Brandenburg*

1000 Tage Hartz IV – kein Grund zum Feiern

Nach 1000 Tagen Hartz IV ist die (noch nicht einmal vollständige) Bilanz dieses sogenannten Reformgesetzes verheerend:

- 70 000 Brandenburger Kinder und Jugendliche müssen von Hartz-IV-Leistungen leben.
- Die Zahl der sogenannten Aufstocker ist in Brandenburg auf inzwischen rund 60 000 gestiegen.
- Ein-Euro-Jobs sind in Brandenburg inzwischen die Regel. Von derzeit rund 17 600 geförderten Personen sind 14 000 in Ein-Euro-Jobs tätig.
- Wer ein Jahr Arbeitslosengeld II be-

zieht, erwirbt nur einen Rentenanspruch von gut zwei Euro pro Monat.

- Die Anzahl der Widersprüche gegen Bescheide der ARGEN und Grund-sicherungsämter in den Optionskommunen ist explodiert. Allein im ersten Quartal dieses Jahres wurden in Brandenburg 14 061 Widersprüche im Bereich des SGB II registriert.

DIE LINKE. fordert deshalb im Einklang mit Wohlfahrtsverbänden und Gewerkschaften einen wirksamen Schutz vor Armut und verlangt die sofortige Anhebung der Regelleistung zum Lebensunterhalt auf monatlich 420 Euro. Außerdem plädiert die Fraktion DIE LINKE. für die Schaffung existenzsichernder, sozialversicherungspflichtiger Beschäftigungsverhältnisse in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor in Brandenburg. Grundlage muss der Kommunal-Kombilohn sein. Allerdings muss sich der Bund finanziell stärker engagieren. Auch eine Landesbeteiligung ist erforderlich.

*Christian Görke,
Parlamentarischer Geschäftsführer
und arbeitsmarktpolitischer Sprecher
der Fraktion DIE LINKE.
im Landtag Brandenburg*

Jetzt auch im Land vereint

Am 8. September fand in Brandenburg der Vereinigungsparteitag von Linkspartei, PDS und WASG für unser Bundesland statt.

Wir Delegierten und Gäste wurden von einer »Mahnwache« der NPD begrüßt. Die »Mahnwache« stand allerdings nicht sehr lange, sodass der Parteitag auf eine Gegendemonstration verzichtete. Bei ihrer Rede betonte die Oberbürgermeisterin der Stadt Brandenburg, Frau Dr. Tiemann (CDU), dass sie uns in ihrer Stadt willkommen heißt und verwies darauf, dass nicht jeder Besucher dieser Stadt willkommen sei.

In seinem Referat konnte Landesvorsitzender Thomas Nord mitteilen, dass seit dem Vereinigungsparteitag auf Bundesebene 100 neue Mitglieder unseren Landesverband verstärken.

Er verwies erneut darauf, dass die Umverteilung von »unten nach oben« zügig weitergeht. Unsere Partei bietet Alternativen hierzu. Der Sozialstaat ist und bleibt finanzierbar.

Genosse Hultsch, vormalig WASG, beschrieb die jetzige Einheit als Sieg für alle Bürger des Landes Brandenburg, da damit eine starke Kraft gegen Neoliberalismus entstanden ist.

Als Landesvorsitzender wurde Thomas Nord gewählt. Seine beiden Stellvertreter sind Dr. Kirsten Tackmann und Christian Eicke, bisher WASG.

Diese Tagung des Parteitages war ein erfolgreicher Schritt hin zum ersten Parteitag unserer neuen Partei im Januar 2008.

Wolfgang Witzel, Delegierter

Rechtsberatung zu Hartz IV

RA Michael Elte

Montag, 15.10.2007, ab 10:00 Uhr
in der Geschäftsstelle der LINKEN,
Cottbuser Straße 54

Terminvereinbarung über
Frau Dr. Radochla,

Tel. (0 35 62) 69 34 34 oder 78 52,

Beratungsgebühr zwischen 5 und 10 Euro.



Der Bundesgeschäftsführer meint Presseerklärungen von Dietmar Bartsch zu aktuellen Themen

Briefzusteller haben gleich zwei Mindestlöhne

Erst schien es, als ginge das Thema Mindestlöhne für Postbedienstete im koalitions-internen Gezänk gänzlich unter und nun gibt es gleich einen zweifachen Mindestlohn.

Im Osten ist die Arbeit der Briefzusteller offensichtlich um 10 % leichter, die Anzahl der Briefe um 10 % geringer oder nur 90 % der Bevölkerung in den neuen Ländern kann überhaupt schreiben. Es gibt einfach keinen vernünftigen Grund, 17 Jahre nach der deutschen Einheit eine Berufsgruppe mit völlig identischem Arbeitsgebiet und identischem Arbeitsvolumen unterschiedlich zu bezahlen. Ein gesetzlich garantierter Mindestlohn ist der einzig vernünftige Weg.

Nur wer Vermögen belastet, entlastet die Löhne

Die Debatte um sinkende und stagnierende Nettolöhne bekommt eine verlogene Wendung, wenn sie zum Anlass genommen wird, um über eine zu hohe Abgabenlast zu klagen.

Die Abgaben auf die Löhne sind gestiegen, weil der Anteil der Löhne am volkswirtschaftlichen Einkommen gesunken ist. Der Anteil von Gewinn- und Vermögenseinkommen dagegen ist gestiegen. Letztere haben eine viel geringere Abgabenlast zu schultern.

Wer nun wie die Schwarzgelben die Schere zwischen Netto und Brutto verkleinern will, indem er Entlastungen bei den Abgaben auf die Löhne fordert, ohne etwas an den Verhältnisse zu ändern, wird bei der Kürzung von Sozialleistungen enden. Dies ist aus Sicht der LINKEN der falsche

Weg. Die Bruttolöhne können nur durch eine höhere Belastung der Gewinn- und Vermögenseinkommen nachhaltig entlastet werden. Bis dahin gilt: Wer höhere Nettolöhne will, muss dafür sorgen, dass die Bruttolöhne wieder im Gleichklang mit der Produktivität steigen.

Ein paar Leuchttürme im Osten sind zu wenig

Die Zahl der Arbeitslosen ist im vergangenen Monat abermals gesunken und liegt nun bei 3.543.368 Millionen. Das ist eine Entwicklung, die mich für jede und jeden freut, die oder der einen Arbeitsplatz gefunden hat. Bei gründlicher Betrachtung besteht für Jubel kein Anlass.

Auch 17 Jahre nach der deutschen Einheit ist die Arbeitslosigkeit im Osten Deutschlands mehr als doppelt so hoch wie in den westlichen Bundesländern. Pendler, die für Arbeit oft Stunden in den Westen fahren, oder Menschen, die ihrer Heimat im Osten ganz den Rücken gekehrt haben, werden von dieser Statistik nicht erfasst.

Fakt ist: Die Arbeitsmarktpolitik geht seit 17 Jahren an den Bedürfnissen der Menschen in den östlichen Bundesländern vorbei. Die Chefsache Ost ist nichts weiter als eine Drei-Kanzler-Floskel. Ein paar Leuchttürme im Osten helfen der Fläche nicht. Es fehlt an aktiver Beschäftigungspolitik, für die die Mittel vorhanden sind. Es fehlt an Infrastrukturmaßnahmen, um Menschen Chancen zu bieten. Wer die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung weiter senken will, hat nicht verstanden, dass die Förderung von Beschäftigungsaufbau heute die beste Versicherung gegen die Kosten der Arbeitslosigkeit morgen ist.

Privatisierung ist Bahn-Vorstand wichtiger als angemessenes Einkommen der Beschäftigten

Wir haben Verständnis für die Forderung der Lokführer nach Einkommensverbesserungen, aber die gewerkschaftliche Einheit muss hergestellt werden, um für alle Beschäftigten notwendige Verbesserungen zu erzielen.

Mit Einstiegsgehältern von monatlich rund 2.000 Euro Brutto und 2.150 Euro nach vier Jahren sind Lokführer zu schlecht bezahlt. Im Vergleich mit den meisten westeuropäischen Ländern sind deutsche Lokführer das Schlusslicht. Auch die Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter sowie die Beschäftigten im Stellwerksdienst sind in Anbetracht von Belastungen und Verantwortung nicht angemessen bezahlt. Hinzu kommt, dass in den letzten Jahren alle Beschäftigten deutliche

Verluste bei den Stundenlöhnen hinnehmen mussten.

Eigentlich wäre es an der Zeit, diese Verluste wieder rückgängig zu machen und für alle Bahnbeschäftigten für angemessene Bezahlung zu sorgen. Möglich wäre dies, denn die Bahn hat 2006 zwei Milliarden Euro Gewinne (EBIT) geschrieben. Gleichzeitig stiegen 2006 die Vergütungen des Bahnvorstandes um über 60 Prozent. Die Gewinne wurden auf Kosten der Beschäftigten erzielt. Privatisierung ist dem Vorstand wichtiger als ein angemessenes Einkommen der Beschäftigten. Selbst die maßvolle Tarifierhöhung von Transnet/GDBA wurde zum Entsetzen der Bahnkunden mit einer Preissteigerung beantwortet. – Wich-

Schecks der LINKEN sind gedeckt

Zur 1. Lesung des Haushaltsgesetzes 2008

Umverteilung zugunsten von aktiver Beschäftigungspolitik, Armutsbekämpfung, Kinder und Jugendlichen sowie zur Angleichung der ostdeutschen Lebensverhältnisse an das Westniveau – das zieht sich wie ein roter Faden durch die Anträge der Linksfraktion in der Haushaltsdebatte.

Durch Umschichtungen im Bundeshaushalt sowie eine gerechte Steuerpolitik wollen wir rund 30 Mrd. Euro an freien Mitteln gewinnen. Dem stehen insgesamt Mehrausgaben von 27 Mrd. Euro gegenüber. Bei der Rechnung sind die steigenden Staatseinnahmen aufgrund der guten Konjunktur noch nicht einmal berücksichtigt.

Dieses Vorgehen spricht für die seriöse Haushaltspolitik der LINKEN. Unsere Schecks, die wir in einen Politikwechsel investieren, sind gedeckt.

Im Einzelnen schlägt die Fraktion unter anderem vor, das ALG II auf nunmehr 435 Euro zu erhöhen. Damit sollen die zuletzt gestiegenen Preise für Lebensmittel, Strom und anderes berücksichtigt werden. Auch die Kürzung der Pendlerpauschale soll zurückgenommen werden.

Mit 2 Mrd. Euro wollen wir innerhalb eines Programms »Jugend und Innovation« die Kinderbetreuung ausbauen, 400 Mio. Euro für mehr Bafög ausgeben sowie mit 44 Mio. Euro die Ausbildungslage behinderter Jugendlicher verbessern. Um die Finanzlage der Städte und Gemeinden zu stärken, fordern wir erneut eine kommunale Investitionspauschale im Umfang von 3 Mrd. Euro jährlich. Dazu kommt ein Konversionsprogramm von 600 Mio. Euro.

Im Bundeshaushalt selbst machen wir z. B. Mittel frei, indem wir verlangen, beim Verteidigungsetat zu kürzen und auf den Bau des Münchner Transrapid zu verzichten. Den größten Teil der Mehreinnahmen soll unseren Forderungen entsprechend die Anhebung des Spitzensteuersatzes und die Besteuerung der Extra-Profiten der Stromkonzerne beim Emissionshandel erbringen.

*Dagmar Enkelmann und Gesine Lötzsch,
DIE LINKE.-Fraktion im Bundestag*

tig ist, dass alle drei Bahngewerkschaften für höhere Einkommen und bessere Arbeitsbedingungen der Bahnbeschäftigten am gleichen Strick ziehen. Das Scheitern des jüngsten Versuches mag auch damit zu tun haben, dass Transnet sich zum Protagonisten der Bahnprivatisierung gemacht hat. So scheinen Rücksichten genommen zu werden, die die GDL nicht nimmt. Transnet steht mit ihrem Ja zu Privatisierung im DGB alleine da. Die Mehrheit der Bevölkerung will sie nicht. Auch DIE LINKE lehnt die Privatisierung ab.

*Heidi Scharf, Michael Schlecht,
gewerkschaftspolitischen Sprecher
des Parteivorstandes*

Petra Paus Newsletter

Anhaltende Unions-Attacken auf das Grundgesetz

Unions-Politiker drängen weiter auf Online-Durchsuchungen, den Einsatz der Bundeswehr im Inneren und eine Abschnus-Erlaubnis für entführte Passagierflugzeuge.

Die schärfsten Attacken auf das Grundgesetz kommen derzeit nicht von Terroristen, auch nicht von Extremisten, sondern aus der CDU/CSU.

Zeitplan für Ost-Angleichung ist überfällig

Bundeskanzlerin Merkel will offene Fragen aus dem Beitritt der DDR zur Bundesrepublik noch in dieser Legislatur abschließend klären.

Das Vorhaben ist löblich. Vorausgesetzt, es enthält auch einen überschaubaren Zeitplan, bis wann die Renten, Löhne und Gehälter in den neuen Bundesländern an das Niveau in

den alten Bundesländern angeglichen werden. Das fordert DIE LINKE. seit Jahren. Aber bisher haben sich alle Regierungen, ob unter Kanzler Kohl oder unter Kanzler Schröder, davor gedrückt.

Sicherheitspolitische Trittbrettfahrer nach Festnahmen Sicherheitsbehörden haben drei Männer festgenommen, die vermeintlich Terroranschläge vorbereitet haben.

Wenn diese drei Männer, wie behauptet, tatsächlich Sprengstoffanschläge vorbereitet haben, dann ist ihre Festnahme natürlich ein Erfolg. Details und Antwort auf offene Fragen müssen die weiteren Ermittlungen ergeben. Nicht hinnehmbar ist allerdings, wenn sich prompt Bayerns Innenminister Beckstein, indirekt auch Bundesinnenminister Schäuble, wieder mit der Forderung nach heimlichen Online-Untersuchungen vordrängen. So etwas nennt man sicherheitspolitische Trittbrettfahrer.

(Petra Paus ist stellvertretende Vorsitzende der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied des Innenausschusses)

Fragen an den Sender Jerewan

Was ist der Unterschied zwischen einem Sozialfahnder und einem Steuerfahnder?

Ein Sozialfahnder bringt dem Staat im Jahr durchschnittlich 2.000 Euro und zwei goldene Ringe ein, kostet aber um die 50.000 Euro. Ein Steuerfahnder kostet zwar auch so um die 50.000 Euro, könnte dem Staat aber zwischen 500.000 und 5 Mio. Euro einbringen.

Und warum spart man dann die Steuerfahnder ein?
Aus Angst vor der Gerechtigkeit. Das könnten manche als Sozialismus missverstehen.

Aber steht so was Ähnliches nicht schon im Grundgesetz?

Im Prinzip ja. Deshalb will man es ja auch modernisieren.
Spreewaldtrude

PINNWAND

Termine

- Di., 16.10., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Sitzung der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst
- Di., 23.10., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
DIE LINKE.-Ortsvorstandssitzung
- Di., 30.10., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
Sitzung der Fraktion DIE LINKE. der SVV Forst
- Mo., 05.11., 18:30 Uhr, Geschäftsstelle Cottbuser Str. 54:
AG »Malxe-Blatt«

Information

Am 27. Oktober 2007 findet der Kreisparteitag zur Fusion des Kreisverbandes mit dem Stadtverband Cottbus statt.

Schwellenländer

Die Bundesregierung hat noch einmal klargestellt, dass Deutschland keine Entwicklungshilfe an China zahlt. Aber wenn es so weitergeht, die bald an uns. *Frank B. Klinger*

Geburtstage

- 02.10.: 66 Jahre, Genn. Hannelore Koske
03.11.: 85 Jahre, Gen. Harry Schneider in Döbern
07.11.: 82 Jahre, Gen. Martin Köhler
12.11.: 80 Jahre, Gen. Heinz Krautz in Döbern
13.11.: 85 Jahre, Gen. Werner Pötzsch
14.11.: 77 Jahre, Gen. Gerhard Liebig in Döbern
15.11.: 94 Jahre, Gen. Willi Jühr

Herzlichen Glückwunsch den Jubilaren!

Viele Köche

Bis zu 37 Leute waren beim Brand im AKW Krümmel zeitweise in der Leitwarte anwesend. Eine Expertenkommission mit einem Etat von 5 Mio. Euro wird jetzt nachforschen, ob das zu viel waren oder zu wenig. Möglicherweise war der Leitstand auch der einzige im Raum, der von der Belegschaft noch für sicher gehalten wurde.
EF

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst **DIE LINKE.**
Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst **DIE LINKE.**
V. i. S. d. P.: Anke Schwarzenberg

Kontaktadresse: Cottbuser Straße 54, 03149 Forst
Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07

oder im

Internet: spree-neisse.dielinke-brandenburg.de

E-Mail: forst@dielinke-spreeneisse.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 601 900 059, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.